

## Argentiniens Diktaturenschulden

***International galt Argentinien bei der Diskussion um "Odious Debts" besondere Aufmerksamkeit wegen den seit Jahren laufenden juristischen Untersuchungen zu den betrügerischen Geschäften des Militärregimes. Dank dem jüngsten bahnbrechendes Gerichtsurteil, welches die Schulden aus der Militärherrschaft als illegitim erklärt, erlangt er den Status eines Präzedenzfalls.***

Mit einem beispiellosen juristischen Entscheid verurteilte das höchste argentinische Gericht am 14. Juli die unrechtmässige Entstehung eines substantiellen Teils der argentinischen Auslandsschuld aus der Zeit der Militärherrschaft. Zwischen 1976 und 1983 stieg die Verschuldung Argentiniens von \$7,5 Milliarden auf \$ 43,5 Milliarden, wobei diese Kredite der breiten Bevölkerung keinen Nutzen brachten. Die über etliche Jahre hindauernde Gerichtsverhandlung wurde ursprünglich 1982 vom Anwalt und Aktivist Alejandro Olmos<sup>1</sup> angestrengt, der leider vor einigen Monaten verstorben ist, ohne das definitive Urteil erfahren zu haben.

“Im Verlauf des Prozesses wurde offensichtlich wie willkürlich die Verantwortlichen im Hinblick auf das politische und wirtschaftliche Wohlergehen des Staates während der analysierten Periode handelten,” folgerte Richter Jorge Balletero. Die Kredite waren Teil einer “schädigenden Wirtschaftspolitik, welche (Argentinien) durch zahlreiche Massnahmen in die Knie gezwungen hat... und welche beabsichtigt, private Firmen zu begünstigen und zu unterstützen - auf Kosten der Gesellschaft und von staatlichen Betrieben.” (Zitat aus dem Gerichtsurteil)

Mit der Verfügung wird nun den Fehdehandschuh vor die argentinischen Gesetzgeber geworfen, indem sie diese provoziert, endlich die Hintergründe der Verschuldung zu untersuchen. Gemäss Richter Balletero gebe es “kein Hinderungsgrund für den Kongress des Landes die politische Verantwortlichkeit jedes einzelnen Akteurs in jenen Ereignissen zu eruieren, die zur phänomenalen Auslandsverschuldung Argentiniens beigetragen haben.” Am 26. Juli hatten sich mindestens 5'000 Personen vor dem Kongresshaus in Buenos Aires versammelt, um der Forderung des Gerichts nach einer (parlamentarischen) Untersuchung Nachdruck zu verleihen. Die Demonstration wurde von Delegierten des Forums für Auslandsverschuldung (FORDEX) geführt und gemeinsam mit Mitgliedern der wichtigsten argentinischen ArbeiterInnengewerkschaft (CGT) durchgeführt. Trotz diesem bedeutenden Druck blieb der Kongress stumm. Wohl fürchten einige mit der Regierung liierte Schlüsselfiguren im Kongress, die Beziehungen mit den multilateralen Institutionen zu gefährdenden, welche im Fall einer weitergehenden Untersuchung im Rampenlicht stehen würden.

Das Urteil weist nämlich spezifisch auf die Verantwortung des internationalen Finanzsystems hin, wozu auch Institutionen wie der Währungsfonds gehören. Balletero fügt hinzu dass “die Existenz eines expliziten Zusammenhangs zwischen der Auslandsverschuldung, dem Zufluss von kurzfristigem ausländischem Kapital, den hohen Zinsraten auf dem heimischen Markt und den darauf resultierenden Beschränkungen des nationalen Budgets. Dieser Zusammenhang dürfte auch nicht den Verantwortlichen des IWFs entgangen sein, traten diese bei den wirtschaftlichen Verhandlungen seit 1976 als Supervisoren auf.”

Die ganze Thematik wird voraussichtlich von einem Finanzkomitee innerhalb des Kongresses aufgenommen werden. Die parlamentarische Kommission von Jubilee 2000 verlangt eine öffentliche Audienz zur Verschuldung und lädt dazu Mitglieder der Zivilgesellschaft sowie Schlüsselfiguren der Wirtschaft ein. Unter den Eingeladenen sind zwei prominente Politiker: der aktuelle Wirtschaftsminister Jorge Luis Machinea und Domingo Cavallo. Während der Militärherrschaft hielten sie Schlüsselpositionen in der Wirtschaft ein und würden im Falle einer Ermittlung sicherlich zum Gegenstand von Untersuchungen werden.

Weiterführende Ermittlungen würden höchstwahrscheinlich auch die Verantwortung der internationalen Banken, die mit der Kreditvergabe zu tun hatten, thematisieren. Die Ölpreissteigerungen in den späten 70er Jahren erhöhten auch das Liquiditätsniveau in den Banken und wurden als Bedrohung für die Stabilität des Finanzsystems aufgefasst. Wie haben die Banken darauf reagiert? Den "Entwicklungsländern" wurden Kredite angeboten, ohne darauf zu achten, wo sie hinfließen. Auf diese Art könnten die illegitimen Herrscher Argentiniens ihre Kontrolle über das Land erfolgreich dafür verwenden, exorbitant hohen betrügerischen Kredite zu beantragen (die auch in den Büchern der Zentralbank nicht geklärt sind). Zu den Banken, welche dem Regime Kredite vergab, gehören etwa prominente Britische Banken wie Barclays und Lloyds. Alles in Allem rissen sich um die dreissig britische Finanzinstitute darum, Argentinien während jener Periode mit Kredite zu füttern. Für Olmos' Sohn, Alejandro Olmos Ganoa, ist "das Urteil des Richters ein wichtiger Meilenstein, weil zum ersten Mal auf der Welt ein Gericht umfassend analysiert...wie Auslandsschulden entstanden sind" sowie "die fürchterlichen Konsequenzen für die Volkswirtschaft" untersucht. Sicherlich wird der Entscheid die Argumente für die Forderung nach Streichung illegitimer Schulden anderer ehemaligen Diktaturen in Ländern wie Haiti, Bangladesch und der früheren Republika Zaire stärken.

Alejandro Olmos ist Autor des Beitrages zu Argentinien in der AFP Publikation "Odious Debts - Die Hinterlassenschaften der Diktatoren"

von Matthew Horbrugh, Jubilee 2000 UK  
Übersetzung von Amanda Weibel